

CS PortfolioReal
Auflösungsbericht zum 31. März 2018
Gemischtes Sondervermögen
nach deutschem Recht

Jahresbericht zum 31. März 2018

CS PortfolioReal

Tätigkeitsbericht

Bei dem oben genannten Sondervermögen handelt es sich um ein gemischtes Sondervermögen (Publikums-AIF-Sondervermögen) im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB). Es wird von der Société Générale Securities Services GmbH verwaltet. Die Société Générale Securities Services GmbH hat die Credit Suisse AG, Zürich, im Rahmen eines Outsourcingmandates mit dem Portfoliomanagement des Sondervermögens beauftragt.

Anlageziele und Anlagepolitik zur Erreichung der Ziele im Berichtszeitraum

Das Sondervermögen CS PortfolioReal strebt als Anlageziel Kapitalwachstum bei vergleichsweise kontinuierlicher Wertentwicklung sowie angemessene Erträge an.

Als aktiv verwaltetes, indirektes Immobilienanlageprodukt investiert der CS PortfolioReal in ein breites Anlagepektrum indirekter Immobilienanlagen. Gleichzeitig werden auch immobilien-nahe Sektoren und innovative Immobilienprodukte berücksichtigt, um den gesamten Immobilienzyklus optimal für den Anleger ausnutzen zu können. Die Abbildung der Anlagen erfolgte unter anderem über Investments in ETFs (Exchange Traded Funds) und Investmentfonds.

Struktur des Portfolios im Hinblick auf die Anlageziele sowie wesentliche Veränderungen während des Berichtszeitraumes

Die Liquiditätsquote am Ende des 1. Quartals 2018 betrug rd. 100 % und erklärt sich im Wesentlichen aus Veräußerung der Immobilienfonds im Portfolio. Das Kapitalanlagegesetzbuch

sieht vor, dass keine Neuinvestitionen in offene Immobilienfonds durch gemischte Sondervermögen (wie z. B. dem CS PortfolioReal) erfolgen dürfen, sodass verstärkt andere Anlageformen aus dem unteren Rendite-/Risikospektrum berücksichtigt wurden.

Ein weiteres Element zur Abbildung der Anlagestrategie des CS PortfolioReal bezieht sich auf den Bereich der Immobilienunternehmen, die überwiegend durch die Allokation von Investmentfonds, ETFs und in spezifischen Marktsegmenten auch durch einzelne Immobilienaktien umgesetzt wird. Dieses Segment ist durch grundsätzlich relativ hohe Wertschwankungen gekennzeichnet, wobei die Wertentwicklung im Wesentlichen von der Nachfrage und dem Angebot der Titel abhängig ist. In der Anlagestrategie sind für diesen Bereich 30 % des Fondsvermögens vorgesehen, wobei die taktische Bandbreite im Normalfall zwischen 10 % und 40 % liegt. Vom breiten Aktienverkauf Anfang Februar blieben auch Immobilienaktien nicht verschont. Sowohl europäische, asiatische und auch amerikanische Immobilienaktien hatten – absolut betrachtet – ein vergleichsweise schlechtes 1. Quartal 2018.

Übersicht über die Anlagegeschäfte im Berichtszeitraum und Übersicht über das Portfolio des CS PortfolioReal zum 31.03.2018

Die Übersicht über die Anlagegeschäfte im Berichtszeitraum ist der Vermögensaufstellung sowie der Übersicht über die im Berichtszeitraum abgeschlossenen Geschäfte zu entnehmen. Die Übersicht über das Portfolio zum 31.03.2018 ergibt sich ebenfalls aus der Vermögensaufstellung.

Anlageergebnis des CS PortfolioReal A-Klasse im Berichtszeitraum

■ Fondsp performance im Berichtszeitraum	-2,12 %
■ Benchmarkperformance im Berichtszeitraum	-1,66 %

Anlageergebnis des CS PortfolioReal P-Klasse im Berichtszeitraum

■ Fondsp performance im Berichtszeitraum	-1,92 %
■ Benchmarkperformance im Berichtszeitraum	-1,66 %

Das Veräußerungsergebnis in Höhe von 55.673,95 EUR setzt sich aus den realisierten Gewinnen und Verlusten zusammen, die mit der Veräußerung von Wertpapieren im Berichtszeitraum entstanden sind.

Wesentliche Risiken des Sondervermögens im Berichtszeitraum **Zinsänderungsrisiko:**

Das Sondervermögen weist infolge der Investition in rentenähnliche Investmentprodukte Zinsänderungsrisiken auf, die sich in Form von Kursänderungen in den einzelnen Investmentvehikeln niederschlagen. Mit Fokus der Anlagen auf das mittlere Laufzeitensegment, der Untergewichtung der Anlageklasse sowie dem Liquiditätsbestand zwischen 0–20 %, der einem geringen Zinsänderungsrisiko unterliegt, ist das Zinsänderungsrisiko grundsätzlich als mittel einzustufen.

Marktpreisrisiko:

Während des Berichtszeitraums hatte das Sondervermögen Marktpreisrisiken v. a. in Form von Aktienkurs- und Immobilienpreisrisiken inne. Die Marktpreis-

risiken für die Aktienkurse können aufgrund der in der Anlagestrategie vorgesehenen Bandbreite zwischen 10 % und 40 % als „mittel“ eingestuft werden. Da sich einerseits die Immobilienpreisentwicklung i. d. R. zeitlich verzögert und in geringerem Umfang auf bestehende Portfolien auswirkt und andererseits für den Fonds überwiegend in etablierte Märkte und Segmente investiert wird, kann das Immobilienpreisrisiko als mittel eingestuft werden.

Währungsrisiko:

Der Großteil des Sondervermögens wurde in Euro-denominierte Investmentvehikel investiert. Für andere Investmentvehikel wurden überwiegend Positionen zur weitgehenden Neutralisierung des Währungsrisikos eingegangen. So lag der Anteil an ungesicherten Fremdwährungspositionen im Berichtszeitraum bei i. d. R. unter 10 % des Fondsvermögens, sodass die Währungsrisiken als niedrig zu bewerten sind.

Liquiditäts- und Adressenausfallrisiko:

Im Sondervermögen CS PortfolioReal waren im Berichtszeitraum keine Vermögenswerte, deren Veräußerbarkeit potenziell eingeschränkt ist oder ggf. nur unter Inkaufnahme eines deutlichen Abschlags auf den Inventarwert möglich gewesen wäre. Zum Quartalsende betrug der liquide Anteil zum Netto-Inventarwert des Portfolios 100 %, sodass in der Gesamtschau das Liquiditäts- und Adressenausfallrisiko als niedrig bis mittel eingestuft werden kann.

Operationelle Risiken:

Die Société Générale Securities Services GmbH sowie der Berater des Fonds identifizieren im Rahmen ihres Risk Managements regelmäßig Risiken bzw. Problemfelder bei den wesentlichen Geschäftsprozessen. Erkannte Schwachstellen werden dabei eskaliert und anschließend behoben. Treten trotzdem Ereignisse aus operationellen Risiken auf, so werden diese unver-

züglich erfasst, analysiert und entsprechende Maßnahmen zur zukünftigen Vermeidung eingeleitet.

Sonstige wesentliche Ereignisse im Berichtszeitraum

Am 28.09.2017 teilte die Société Générale Securities Services GmbH als verwaltende Kapitalverwaltungsgesellschaft dieses Gemischten Sondervermögens den Anteilinhabern mit, dass in Übereinstimmung mit § 22 Abs. 1 der Allgemeinen Anlagebedingungen sowie § 99 Abs. 1 des Kapitalanlagegesetzbuches die Société Générale Securities Services GmbH die Verwaltung des Gemischten Sondervermögens CS PortfolioReal (A-Klasse: WKN: 975145; ISIN: DE0009751453 und P-Klasse: WKN: 975144; ISIN: DE0009751446) zum 31. März 2018 gekündigt wird. Das Gemischte Sondervermögen wurde durch die Verwahrstelle abgewickelt. Anträge auf die Rücknahme von Anteilen konnten bis 26.03.2018 (12:00 Uhr) gestellt werden.

Vermögensaufstellung zum 31.03.2018

Berichtszeitraum: 01.01.2018 bis 31.03.2018

Vermögensübersicht

		Kurswert in EUR	% des Fondsvermögens
I. Vermögensgegenstände			
1. Bankguthaben			
– Bankguthaben in EUR	EUR	3.556.950,10	100,84
2. Sonstige Vermögensgegenstände	EUR	104,09	0,00
II. Verbindlichkeiten			
1. Sonstige Verbindlichkeiten	EUR	-29.617,31	-0,84
III. Fondsvermögen	EUR	3.527.436,88	100,00¹

¹ Durch Rundung der Prozentanteile bei der Berechnung können geringfügige Rundungsdifferenzen entstanden sein.

Gattungsbezeichnung	Stück bzw. Anteile bzw. Whg. in 1.000	Bestand 31.03.2018	Käufe/ Zugänge im Berichtszeitraum	Verkäufe/ Abgänge	Kurs	Kurswert in EUR	% des Fondsvermögens
Bankguthaben					EUR	3.556.950,10	100,84
EUR-Guthaben bei:							
Société Générale S.A. [Frankfurt Branch] (Verwahrstelle)	EUR	3.556.950,10			% 100,0000	3.556.950,10	100,84
Sonstige Vermögensgegenstände					EUR	104,09	0,00
Dividendenansprüche	EUR	104,09				104,09	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten					EUR	-29.617,31	-0,84
Kostenabgrenzung	EUR	-29.617,31				-29.617,31	-0,84
Fondsvermögen					EUR	3.527.436,88	100,00²
Anteilwert CS PortfolioReal A					EUR	86,76	
Anteilwert CS PortfolioReal P					EUR	86,15	
Umlaufende Anteile CS PortfolioReal A³					STK	33.852	
Umlaufende Anteile CS PortfolioReal P³					STK	6.853	

² Durch Rundung der Prozentanteile bei der Berechnung können geringfügige Rundungsdifferenzen entstanden sein.

³ Die Rücknahme der Anteile erfolgte mit Valuta 31.03.2018 zum Kurs von EUR 86,14 und EUR 86,76.

Während des Berichtszeitraumes abgeschlossene Geschäfte, soweit sie nicht mehr in der Vermögensaufstellung erscheinen:

– Käufe und Verkäufe in Wertpapieren, Investmentanteilen und Schuldscheindarlehen (Marktzuordnung zum Berichtsstichtag):

Gattungsbezeichnung	Stück bzw. Anteile bzw. Whg. in 1.000	Käufe/ Zugänge	Verkäufe/ Abgänge
Börsengehandelte Wertpapiere			
Aktien			
Immobilien			
US74340W1036 ProLogis Inc.	STK	0	381
Investmentanteile			
Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile			
FR0000172041 AXA Aedificandi C	ANT	0	565
LU1291091228 BNP Paribas Easy – FTSE EPRA/NAREIT Europe ETF	ANT	0	1.800
LU1291109293 BNP Paribas Easy – NMX 30 Infrastructure Global ET	ANT	0	2.100
LU0243955886 Invesco Asia Infrastructure Fund A	ANT	0	15.160
DE000A0Q4RZ9 iShares eb. rexx. Money Market ETF (DE)	ANT	0	8.070
DE0002635265 iShares Pfandbriefe ETF (DE)	ANT	0	6.940
LU0229494629 Janus Henders. Horiz. Asia-Pacific Prop Eq. Fund	ANT	0	30.144
LU0088927925 Janus Henderson Horiz. Pan Europ. Prop. Equ. A2	ANT	0	8.150
LU0078113650 Morgan Stanley European Property Fund A	ANT	0	1.390
IE00B7WC3B40 Traditional Funds – F&C Real Estate Equity L/S B€A	ANT	0	20.830

Vermögensaufstellung zum 31.03.2018

Berichtszeitraum: 01.01.2018 bis 31.03.2018

Derivate

(In Opening-Transaktionen umgesetzte Optionsprämien bzw. Volumen der Optionsgeschäfte, bei Optionsscheinen Angabe der Käufe und Verkäufe.)

Gattungsbezeichnung	Stück bzw. Anteile bzw. Whg. in 1.000	Käufe/ Zugänge	Verkäufe/ Abgänge	Volumen in 1.000
Devisenterminkontrakte				
Devisentermingeschäfte (Verkauf)				
Verkauf von Devisen auf Termin:				
USD/EUR	EUR			523

Ertrags- und Aufwandsrechnung (inkl. Ertragsausgleich) CS PortfolioReal A

für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018

	EUR
I. Erträge	
1. Dividenden ausländischer Aussteller (vor Quellensteuer)	122,90
2. Zinsen aus Liquiditätsanlagen im Inland	-333,88
3. Erträge aus Investmentanteilen	4.306,66
4. Abzug ausländischer Quellensteuer	-36,87
5. Sonstige Erträge	992,42
Summe der Erträge	5.051,23
II. Aufwendungen	
1. Zinsen aus Kreditaufnahmen	4,26
2. Verwaltungsvergütung	-11.236,27
3. Verwahrstellenvergütung	-357,14
4. Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	-5.668,36
5. Sonstige Aufwendungen	-2.340,31
Summe der Aufwendungen	-19.597,82
III. Ordentlicher Nettoertrag	-14.546,59
IV. Veräußerungsgeschäfte	
1. Realisierte Gewinne	164.000,51
2. Realisierte Verluste	-117.641,59
Ergebnis aus Veräußerungsgeschäften	46.358,92
V. Realisiertes Ergebnis zum 31.03.2018	31.812,33
1. Nettoveränderung der nicht realisierten Gewinne	-583.115,28
2. Nettoveränderung der nicht realisierten Verluste	484.982,74
VI. Nicht realisiertes Ergebnis zum 31.03.2018	-98.132,54
VII. Ergebnis zum 31.03.2018	-66.320,21

Ertrags- und Aufwandsrechnung (inkl. Ertragsausgleich) CS PortfolioReal P

für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018

	EUR
I. Erträge	
1. Dividenden ausländischer Aussteller (vor Quellensteuer)	24,71
2. Zinsen aus Liquiditätsanlagen im Inland	-67,06
3. Erträge aus Investmentanteilen	865,60
4. Abzug ausländischer Quellensteuer	-7,43
5. Sonstige Erträge	199,40
Summe der Erträge	1.015,22
II. Aufwendungen	
1. Zinsen aus Kreditaufnahmen	0,83
2. Verwaltungsvergütung	-1.063,64
3. Verwahrstellenvergütung	-71,66
4. Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	-1.137,81
5. Sonstige Aufwendungen	-462,09
Summe der Aufwendungen	-2.734,37
III. Ordentlicher Nettoertrag	-1.719,15
IV. Veräußerungsgeschäfte	
1. Realisierte Gewinne	32.956,41
2. Realisierte Verluste	-23.641,38
Ergebnis aus Veräußerungsgeschäften	9.315,03
V. Realisiertes Ergebnis zum 31.03.2018	7.595,88
1. Nettoveränderung der nicht realisierten Gewinne	-115.391,60
2. Nettoveränderung der nicht realisierten Verluste	96.020,12
VI. Nicht realisiertes Ergebnis zum 31.03.2018	-19.371,48
VII. Ergebnis zum 31.03.2018	-11.775,60

Ertrags- und Aufwandsrechnung (inkl. Ertragsausgleich) Gesamter Fonds

für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018

	EUR
I. Erträge	
1. Dividenden ausländischer Aussteller (vor Quellensteuer)	147,61
2. Zinsen aus Liquiditätsanlagen im Inland	-400,94
3. Erträge aus Investmentanteilen	5.172,26
4. Abzug ausländischer Quellensteuer	-44,30
5. Sonstige Erträge	1.191,82
Summe der Erträge	6.066,45
II. Aufwendungen	
1. Zinsen aus Kreditaufnahmen	5,09
2. Verwaltungsvergütung	-12.299,91
3. Verwahrstellenvergütung	-428,80
4. Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	-6.806,17
5. Sonstige Aufwendungen	-2.802,40
Summe der Aufwendungen	-22.332,19
III. Ordentlicher Nettoertrag	-16.265,74
IV. Veräußerungsgeschäfte	
1. Realisierte Gewinne	196.956,92
2. Realisierte Verluste	-141.282,97
Ergebnis aus Veräußerungsgeschäften	55.673,95
V. Realisiertes Ergebnis zum 31.03.2018	39.408,21
1. Nettoveränderung der nicht realisierten Gewinne	-698.506,88
2. Nettoveränderung der nicht realisierten Verluste	581.002,86
VI. Nicht realisiertes Ergebnis zum 31.03.2018	-117.504,02
VII. Ergebnis zum 31.03.2018	-78.095,81

Entwicklung des Sondervermögens CS PortfolioReal A

	EUR	EUR
I. Wert des Sondervermögens am Beginn des Geschäftsjahres		3.195.636,42
1. Ausschüttung für das Vorjahr/Steuerabschlag für das Vorjahr		-22.699,92
2. Zwischenausschüttungen		0,00
3. Mittelzufluss/-abfluss (netto)		-169.764,47
a) Mittelzuflüsse aus Anteilschein-Verkäufen	0,00	
b) Mittelabflüsse aus Anteilschein-Rücknahmen	-169.764,47	
4. Ertragsausgleich/Aufwandsausgleich		218,62
5. Ergebnis des Geschäftsjahres		-66.320,21
davon nicht realisierte Gewinne	-583.115,28	
davon nicht realisierte Verluste	484.982,74	
II. Wert des Sondervermögens zum 31.03.2018		2.937.070,44

Entwicklung des Sondervermögens CS PortfolioReal P

	EUR	EUR
I. Wert des Sondervermögens am Beginn des Geschäftsjahres		607.730,09
1. Ausschüttung für das Vorjahr/Steuerabschlag für das Vorjahr		-5.588,05
2. Zwischenausschüttungen		0,00
3. Mittelzufluss/-abfluss (netto)		0,00
a) Mittelzuflüsse aus Anteilschein-Verkäufen	0,00	
b) Mittelabflüsse aus Anteilschein-Rücknahmen	0,00	
4. Ertragsausgleich/Aufwandsausgleich		0,00
5. Ergebnis des Geschäftsjahres		-11.775,60
davon nicht realisierte Gewinne	-115.391,60	
davon nicht realisierte Verluste	96.020,12	
II. Wert des Sondervermögens zum 31.03.2018		590.366,44

Entwicklung des Sondervermögens Gesamter Fonds

	EUR	EUR
I. Wert des Sondervermögens am Beginn des Geschäftsjahres		3.803.366,51
1. Ausschüttung für das Vorjahr/Steuerabschlag für das Vorjahr		-28.287,97
2. Zwischenausschüttungen		0,00
3. Mittelzufluss/-abfluss (netto)		-169.764,47
a) Mittelzuflüsse aus Anteilschein-Verkäufen	0,00	
b) Mittelabflüsse aus Anteilschein-Rücknahmen	-169.764,47	
4. Ertragsausgleich/Aufwandsausgleich		218,62
5. Ergebnis des Geschäftsjahres		-78.095,81
davon nicht realisierte Gewinne	-698.506,88	
davon nicht realisierte Verluste	581.002,86	
II. Wert des Sondervermögens zum 31.03.2018		3.527.436,88

Verwendung der Erträge des Sondervermögens CS PortfolioReal A

	insgesamt EUR	je Anteil EUR
Berechnung der Ausschüttung (insgesamt und je Anteil)		
I. Für die Ausschüttung verfügbar	31.812,33	0,94
1. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	31.812,33	0,94
II. Nicht für Ausschüttung verwendet	-31.812,33	-0,94
1. Vortrag auf neue Rechnung	-31.812,33	-0,94
III. Gesamtausschüttung	0,00	0,00

Verwendung der Erträge des Sondervermögens CS PortfolioReal P

	insgesamt EUR	je Anteil EUR
Berechnung der Ausschüttung (insgesamt und je Anteil)		
I. Für die Ausschüttung verfügbar	7.595,88	1,11
1. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	7.595,88	1,11
II. Nicht für Ausschüttung verwendet	-7.595,88	-1,11
1. Vortrag auf neue Rechnung	-7.595,88	-1,11
III. Gesamtausschüttung	0,00	0,00

Verwendung der Erträge des Sondervermögens Gesamter Fonds

	insgesamt EUR
Berechnung der Ausschüttung (insgesamt und je Anteil)	
I. Für die Ausschüttung verfügbar	39.408,21
1. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	39.408,21
II. Nicht für die Ausschüttung verwendet	-39.408,21
1. Vortrag auf neue Rechnung	-39.408,21
III. Gesamtausschüttung	0,00

Vergleichende Übersicht über die letzten drei Geschäftsjahre CS PortfolioReal A

Geschäftsjahr	Fondsvermögen am Ende des Geschäftsjahres		Anteilwert	
zum 31.03.2018	EUR	2.937.070,44	EUR	86,76
2017	EUR	3.195.636,17	EUR	89,31
2016	EUR	4.086.721,91	EUR	87,74
2015	EUR	4.601.731,07	EUR	90,37

Vergleichende Übersicht über die letzten drei Geschäftsjahre CS PortfolioReal P

Geschäftsjahr	Fondsvermögen am Ende des Geschäftsjahres		Anteilwert	
zum 31.03.2018	EUR	590.366,44	EUR	86,15
2017	EUR	607.730,34	EUR	88,68
2016	EUR	11.774.925,53	EUR	86,85
2015	EUR	17.912.850,14	EUR	89,31

Vergleichende Übersicht über die letzten drei Geschäftsjahre Gesamter Fonds

Geschäftsjahr	Fondsvermögen am Ende des Geschäftsjahres	
zum 31.03.2018	EUR	3.527.436,88
2017	EUR	3.803.366,51
2016	EUR	15.861.647,44
2015	EUR	22.514.581,21

Sondervermögen CS PortfolioReal

Anteilklassen-Bezeichnung	A	P
Mindestanlagesumme	keine	keine
Fondsaufgabe	01.01.2007	11.06.2007
Ausgabeaufschlag	5,00 %	0,00 %
Rücknahmeabschlag	0,00 %	0,00 %
Verwaltungsvergütung p. a.	bis zu 1,50 %; derzeit 1,50 %	bis zu 1,50 %; derzeit 0,70 %
Stückelung	Globalurkunde	Globalurkunde
Ertragsverwendung	ausschüttend	ausschüttend
Währung	EUR	EUR
ISIN	DE0009751453	DE0009751446

Anhang gem. § 7 Nr. 9 KARBV

Die Auslastung der Obergrenze für das Marktrisikopotenzial wurde für dieses Sondervermögen gemäß der Derivateverordnung nach dem qualifizierten Ansatz anhand eines Vergleichsvermögens ermittelt.

Zusammensetzung des Vergleichsvermögens (§ 37 Abs. 5 DerivateV)

FTSE EPRA/NAREIT DEVELOPED E-RI-EUR	30,00 %
JP Morgan EMU Government 1-3 Y	65,00 %
MSCI WORLD MSPI	5,00 %

Potenzieller Risikobetrag für das Marktrisiko gemäß § 37 Abs. 4 DerivateV

kleinster potenzieller Risikobetrag	0,00 %
größter potenzieller Risikobetrag	1,58 %
durchschnittlicher potenzieller Risikobetrag	1,12 %

Risikomodelle (§ 10 DerivateV)

Varianz-Kovarianz-Ansatz

Parameter (§ 11 DerivateV)

99 %, 10 Tage, 250 Tage, gleichgewichtet

Sonstige Angaben

In der Verwaltungsvergütung ist die KVG-eigene Verwaltungsvergütung i.H.v. EUR 12.299,91 enthalten.

Während des Berichtszeitraums wurden keine Transaktionen gemäß der Verordnung (EU) 2015/2365 über Wertpapierfinanzierungsgeschäfte abgeschlossen.

Anteilwert CS PortfolioReal A	EUR	86,76
Anteilwert CS PortfolioReal P	EUR	86,15
Umlaufende Anteile CS PortfolioReal A	STK	33.852
Umlaufende Anteile CS PortfolioReal P	STK	6.853

Angabe zu den Verfahren zur Bewertung der Vermögensgegenstände

Bankguthaben und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet. Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Angaben zur Transparenz sowie zur Gesamtkostenquote

CS PortfolioReal	A	P
Gesamtkostenquote (Ongoing Charges Figure [OCF])	0,48 % ⁴	0,68 % ⁴

⁴ Die Gesamtkostenquote drückt die Summe der Kosten und Gebühren (ohne Transaktionskosten) als Prozentsatz des durchschnittlichen Fondsvolumens innerhalb eines Geschäftsjahres aus.

Der Kapitalverwaltungsgesellschaft fließen keine Rückvergütungen der aus dem Sondervermögen an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwandsersatzungen zu.

Die Gesellschaft gewährt an Vermittler, z.B. Kreditinstitute, Finanzdienstleister und Makler wiederkehrend – meist vierteljährlich – Vermittlungsentgelte als sogenannte „Vermittlungsprovision“.

Die Höhe dieser Provisionen wird in der Regel in Abhängigkeit vom vermittelten Fondsvolumen bemessen.

Anhang gem. § 7 Nr. 9 KARBV

Zusatzinformationen zu bezahlten Ausgabeaufschlägen und Verwaltungsvergütungen bei KVG-eigenen, gruppeneigenen und -fremden Wertpapier- bzw. Immobilien-Investmentanteilen

ISIN	Fondsname	Bezahlter	Bezahlter	Nominale
		Ausgabeaufschlag	Rücknahmeabschlag	
		in EUR	in EUR	der Zielfonds
				in %
FR0000172041	AXA Aedificandi C	0,00	0,00	2,00
LU1291091228	BNP Paribas Easy – FTSE EPRA/NAREIT Europe ETF	0,00	0,00	0,28
LU1291109293	BNP Paribas Easy – NMX 30 Infrastructure Global ET	0,00	0,00	0,40
LU0243955886	Invesco Asia Infrastructure Fund A	0,00	0,00	1,50
DE000A0Q4RZ9	iShares eb. rexx. Money Market ETF (DE)	0,00	0,00	0,12
DE0002635265	iShares Pfandbriefe ETF (DE)	0,00	0,00	0,09
LU0229494629	Janus Henders. Horiz. Asia-Pacific Prop Eq. Fund	0,00	0,00	1,20
LU0088927925	Janus Henderson Horiz. Pan Europ. Prop. Equ. A2	0,00	0,00	1,20
LU0078113650	Morgan Stanley European Property Fund A	0,00	0,00	1,40
IE00B7WC3B40	Traditional Funds – F&C Real Estate Equity L/S B€A	0,00	0,00	1,00

Wesentliche sonstige Erträge und Aufwendungen

Depotgebühren	EUR	-59,92
---------------	-----	--------

Transaktionskosten (Summe der Nebenkosten des Erwerbs [Anschaffungsnebenkosten] und der Kosten der Veräußerung der Vermögensgegenstände) EUR 138,00

Die Transaktionskosten beinhalten Kontrahenten-, Liefer- und Börsenspesen, Steuern sowie Kommissionen. Bei manchen Geschäftsarten (unter anderem Rentengeschäfte) werden die Provisionen im Rahmen der Abrechnung nicht separat ausgewiesen, sondern sind bereits im jeweiligen Kurs berücksichtigt und daher in obiger Angabe nicht enthalten.

Transaktionen im Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018

Transaktionen	Volumen in Fondswährung EUR	Anzahl
Transaktionsvolumen gesamt	3.376.515,14	12
Transaktionsvolumen mit verbundenen Unternehmen	1.842.338,78	6
Relativ in %	54,56 %	50,00 %

Anhang gem. § 7 Nr. 9 KARBV

Angaben zur Mitarbeitervergütung

Die Gesellschaft hat Grundsätze zur Vergütungspolitik aufgestellt, in der die allgemeine Vergütungssystematik beschrieben ist und die einzelnen Vergütungsbestandteile für die unterschiedlichen Mitarbeitergruppen angegeben werden.

Die Grundsätze zur Vergütungspolitik beziehen sich auf die Leitlinien vom 31. März 2016 (ESMA/2016/411) der europäischen Markt- und Wertpapieraufsichtsbehörde, die ab 1. Januar 2017 zu beachten sind. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft überprüft regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich, die Umsetzung der Grundsätze zur Vergütungspolitik. Im Rahmen der jährlichen Überprüfung wurden keine Unregelmäßigkeiten festgestellt.

In den Grundsätzen zur Vergütungspolitik sind spezielle Regelungen für Identified Staff zur Erforderlichkeit eines Vergütungsausschusses in Hinblick auf das Risikoprofil der Gesellschaft sowie die Rolle der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in Bezug auf die Vergütungspolitik vorgesehen. Darüber hinaus sind die Rechtsnormen und Regelwerke, die die Vergütungssystematik beeinflussen, aufgeführt.

Die Vergütung besteht grundsätzlich aus einem Fixgehalt und einem im Verhältnis zu diesem stehenden deutlich geringeren variablen Anteil (Bonus). Der Bonus wird in Abhängigkeit der individuellen Zielerreichung des Mitarbeiters, der Leistung des Unternehmens und der Gruppe festgesetzt. Darüber hinaus bestimmt er sich nach den Vorgaben und den zur Verfügung stehenden Budgets der jeweiligen Business Line oder Support Function, der der Mitarbeiter angehört.

Unter Berücksichtigung der Verwaltungspraxis der BaFin ist eine Zurückbehaltung eines Teils des Bonus nur ab einer variablen Vergütung von EUR 100.000,00 brutto jährlich vorgesehen. In diesem Fall werden, sofern nach dem Proportionalitätsgrundsatz erforderlich, 40 % der variablen Vergütung über einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten.

Es gab keine wesentlichen Änderungen an der festgelegten Vergütungspolitik.

Gesamtsumme der im abgelaufenen Wirtschaftsjahr der KVG gezahlten Mitarbeitervergütung	EUR	14.232.849
davon feste Vergütung	EUR	13.249.365
davon variable Vergütung	EUR	983.484
Direkt aus dem Fonds gezahlte Vergütungen	EUR	0
Zahl der Mitarbeiter der KVG		208
Höhe des gezahlten Carried Interest	EUR	0
Gesamtsumme der im abgelaufenen Wirtschaftsjahr der KVG gezahlten Vergütung an Identified Staff	EUR	1.436.045
davon Risktaker (Geschäftsleiter)	EUR	802.144
davon Risktaker (andere Führungskräfte)	EUR	204.497
davon andere Risktaker	EUR	0
davon Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen	EUR	429.404
davon Mitarbeiter mit gleicher Einkommensstufe	EUR	0

Angaben zu wesentlichen Änderungen gem. § 101 Abs. 3 Nr. 3 KAGB

Im abgelaufenen Rumpf-Geschäftsjahr wurden die Anpassungen der Anlagebedingungen an die Erfordernisse des InvStG2018 vorgenommen.

Zusätzliche Informationen

Prozentualer Anteil schwer liquidierbarer Vermögensgegenstände	0,00 %
Gesamthöhe des Leverage nach der Brutto-Methode im Berichtszeitraum:	1,10
Gesamthöhe des Leverage nach der Commitment-Methode im Berichtszeitraum:	1,09

München, 23.05.2018

Société Générale Securities Services GmbH

Die Geschäftsführung

Vermerk des Abschlussprüfers

An die Société Générale Securities Services GmbH, Unterföhring bei München

Die Société Générale Securities Services GmbH hat uns beauftragt, gemäß § 105 Abs. 3 des Kapitalanlagegesetzes (KAGB) den Auflösungsbericht des Sondervermögens CS PortfolioReal für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018 zu prüfen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die Aufstellung des Auflösungsberichts nach den Vorschriften des KAGB und der delegierten Verordnung (EU) Nr. 231/2013 liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Auflösungsbericht abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach § 105 Abs. 3 KAGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf den Auflösungsbericht wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Verwaltung des Sondervermögens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und die Nachweise für die Angaben im Auflösungsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze für den Auflösungsbericht und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter der Kapitalverwaltungsgesell-

schaft. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Auflösungsbericht für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018 den gesetzlichen Vorschriften.

München, 24.05.2018

Deloitte GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Koch)
Wirtschaftsprüfer

(Rumpelt)
Wirtschaftsprüfer

Kennzahlen für Anleger in der Schweiz

Die Portfolioumschlaghäufigkeit (Portfolio Turnover Ratio, PTR) beträgt:

CS PortfolioReal:	Zeitraum 03.04.2017 bis 29.03.2018	205,56 %
-------------------	------------------------------------	----------

Die Portfolio Turnover Ratio (PTR) wurde gemäß der zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts gültigen Richtlinie der SFAMA (Swiss Funds and Asset Management Association) ermittelt.

Anzahl der im Berichtszeitraum ausgegebenen und zurückgenommenen Anteile

	Ausgegebene Anteile	Zurückgenommene Anteile
CS PortfolioReal A-Klasse:	0	1.931
CS PortfolioReal P-Klasse:	0	0

Total Expense Ratio (TER) nach den Richtlinien der SFAMA (Swiss Funds and Asset Management Association) zur Berechnung und Offenlegung der TER und PTR kollektiver Kapitalanlagen

	A-Klasse	P-Klasse
Total Expense Ratio inklusive performanceabhängiger Vergütung	2,18 %	1,09 %
Performanceabhängige Vergütung	0,00 %	0,00 %

Die Total Expense Ratio (TER) der am Stichtag im Fonds enthaltenen Zielfonds werden mit dem zum Stichtag ermittelten Kurswerten anteilig in das Total Expense Ratio (TER) der Anteilscheinklassen des CS PortfolioReal eingerechnet. Erhaltene Rückvergütungen aus Vertriebsfolgeprovisionen werden entsprechend heraus gerechnet.

Die performanceabhängige Vergütung wird als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Fondsvolumen ausgewiesen.

Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften

Die Aussagen zu den steuerlichen Vorschriften gelten nur für Anleger, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig¹ sind. Dem ausländischen Anleger² empfehlen wir, sich vor Erwerb von Anteilen an dem in diesem Auflösungsbericht beschriebenen Fonds mit seinem Steuerberater in Verbindung zu setzen und mögliche steuerliche Konsequenzen aus dem Anteilserwerb in seinem Heimatland individuell zu klären.

Der Fonds ist als Zweckvermögen von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Die steuerpflichtigen Erträge des Fonds werden jedoch beim Privatanleger als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer unterworfen, soweit diese zusammen mit sonstigen Kapitalerträgen den Sparer-Pauschbetrag von jährlich EUR 801 (für Alleinstehende oder getrennt veranlagte Ehegatten) bzw. EUR 1.602 (für zusammen veranlagte Ehegatten) übersteigen.

Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen grundsätzlich einem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer). Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören auch die vom Fonds ausgeschütteten Erträge, die ausschüttungsgleichen Erträge, der Zwischengewinn sowie der Gewinn aus dem An- und Verkauf von Fondsanteilen, wenn diese nach dem 31. Dezember 2008 erworben wurden bzw. werden.³

Der Steuerabzug hat für den Privatanleger grundsätzlich Abgeltungswirkung (sogenannte Abgeltungsteuer), sodass die Einkünfte aus Kapitalvermögen regelmäßig nicht in der Einkommensteuererklärung anzugeben sind. Bei der Vornahme des Steuerabzugs werden durch die depotführende Stelle

grundsätzlich bereits Verlustverrechnungen vorgenommen und ausländische Quellensteuern angerechnet.

Der Steuerabzug hat unter anderem aber dann keine Abgeltungswirkung, wenn der persönliche Steuersatz geringer ist als der Abgeltungssatz von 25 %. In diesem Fall können die Einkünfte aus Kapitalvermögen in der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Das Finanzamt setzt dann den niedrigeren persönlichen Steuersatz an und rechnet auf die persönliche Steuerschuld den vorgenommenen Steuerabzug an (sogenannte Günstigerprüfung). Sofern Einkünfte aus Kapitalvermögen keinem Steuerabzug unterlegen haben (weil z. B. ein Gewinn aus der Veräußerung von Fondsanteilen in einem ausländischen Depot erzielt wird), sind diese in der Steuererklärung anzugeben. Im Rahmen der Veranlagung unterliegen die Einkünfte aus Kapitalvermögen dann ebenfalls dem Abgeltungssatz von 25 % oder dem niedrigeren persönlichen Steuersatz.

Sofern sich die Anteile im Betriebsvermögen befinden, werden die Erträge als Betriebseinnahmen steuerlich erfasst. Die steuerliche Gesetzgebung erfordert zur Ermittlung der steuerpflichtigen bzw. der kapitalertragsteuerpflichtigen Erträge eine differenzierte Betrachtung der Ertragsbestandteile.

Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer)

Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren, Gewinne aus Termingeschäften und Erträge aus Stillhalterprämien

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Anteilen an Investmentvermögen, eigenkapitalähnlichen Genussrechten

und Gewinne aus Termingeschäften sowie Erträge aus Stillhalterprämien, die auf der Ebene des Fonds erzielt werden, werden beim Anleger nicht erfasst, solange sie nicht ausgeschüttet werden. Zudem werden die Gewinne aus der Veräußerung der folgenden Kapitalforderungen (sogenannte „Gute Kapitalforderungen“) beim Anleger nicht erfasst, wenn sie nicht ausgeschüttet werden:

- a) Kapitalforderungen, die eine Emissionsrendite haben,
- b) „normale“ Anleihen und unverbriefte Forderungen mit festem Kupon sowie Down-Rating-Anleihen, Floater und Reverse-Floater,
- c) Risiko-Zertifikate, die den Kurs einer Aktie oder eines veröffentlichten Index für eine Mehrzahl von Aktien im Verhältnis 1:1 abbilden,
- d) Aktienanleihen, Umtauschanleihen und Wandelanleihen,
- e) ohne gesonderten Stückzinsausweis (flat) gehandelte Gewinnobligationen und Fremdkapital-Genussrechte und
- f) „cum“-erworbene Optionsanleihen.

Werden Gewinne aus der Veräußerung der oben genannten Wertpapiere/Kapitalforderungen, Gewinne aus Termingeschäften sowie Erträge aus Stillhalterprämien ausgeschüttet, sind sie grundsätzlich steuerpflichtig und unterliegen bei Verwahrung der Anteile im Inland dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer). Ausgeschüttete Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren und Gewinne aus Termingeschäften sind jedoch steuerfrei, wenn die Wertpapiere auf Ebene des Fonds vor dem 1. Januar 2009 erworben bzw. die Termingeschäfte vor dem 1. Januar 2009 eingegangen wurden.

¹ Unbeschränkt steuerpflichtige Anleger werden nachfolgend auch als Steuerinländer bezeichnet.

² Ausländische Anleger sind Anleger, die nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind. Diese werden nachfolgend auch als Steuerausländer bezeichnet.

³ Gewinne aus dem Verkauf von vor dem 1. Januar 2009 erworbenen Fondsanteilen sind beim Privatanleger steuerfrei.

Ergebnisse aus der Veräußerung von Kapitalforderungen, die nicht in der oben genannten Aufzählung enthalten sind, sind steuerlich wie Zinsen zu behandeln (siehe unten).

Zinsen, Dividenden und sonstige Erträge

Zinsen, Dividenden und sonstige Erträge sind beim Anleger grundsätzlich steuerpflichtig. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Erträge thesauriert oder ausgeschüttet werden. Sie unterliegen in der Regel dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile EUR 801 bei Einzelveranlagung bzw. EUR 1.602 bei Zusammenveranlagung von Ehegatten nicht übersteigen.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden (sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung, nachfolgend „NV-Bescheinigung“).

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile eines steuerrechtlich ausschüttenden Sondervermögens in einem inländischen Depot, so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem festgelegten Ausschüttungstermin ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall erhält der Anleger die gesamte Ausschüttung ungekürzt gutgeschrieben.

Für den Steuerabzug eines Sondervermögens, das seine Erträge nicht ausschüttet, stellt der Fonds den depotführenden Stellen die Kapitalertragsteuer nebst den maximal anfallenden Zuschlagsteuern (Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) zur Verfügung. Die depotführenden Stellen nehmen den Steuerabzug wie im Ausschüttungsfall

unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Anleger vor, so dass gegebenenfalls auch Kirchensteuer abgeführt wird. Soweit der Fonds den depotführenden Stellen Beträge zur Verfügung gestellt hat, die nicht abgeführt werden müssen, erfolgt eine Erstattung.

Befinden sich die Anteile in einem inländischen Depot, so erhält der Anleger, der seiner depotführenden Stelle einen in ausreichender Höhe ausgestellten Freistellungsauftrag oder eine NV-Bescheinigung vor Ablauf des Geschäftsjahres des Fonds vorlegt, den der depotführenden Stelle zur Verfügung gestellten Betrag auf seinem Konto gutgeschrieben.

Sofern der Freistellungsauftrag oder die NV-Bescheinigung nicht bzw. nicht rechtzeitig vorgelegt wird, erhält der Anleger auf Antrag von der depotführenden Stelle eine Steuerbescheinigung über den einbehaltenen und abgeführten Steuerabzug und den Solidaritätszuschlag. Der Anleger hat dann die Möglichkeit, den Steuerabzug im Rahmen seiner Einkommensteuerveranlagung auf seine persönliche Steuerschuld anrechnen zu lassen.

Werden Anteile ausschüttender Sondervermögen nicht in einem Depot verwahrt und Ertragsscheine einem inländischen Kreditinstitut vorgelegt (Eigenverwahrung), wird der Steuerabzug in Höhe von 25 % zuzüglich des Solidaritätszuschlags vorgenommen.

Erträge aus der Beteiligung an Personengesellschaften und Gewinne aus der Veräußerung dieser Beteiligungen

Erträge aus der Beteiligung an Personengesellschaften sind beim Anleger steuerlich grundsätzlich so zu behandeln, als hätte das Sondervermögen diese Erträge direkt erwirtschaftet. Gewinne aus der Veräußerung der Beteiligung werden so behandelt, als hätte das Sondervermögen anteilig die Wirtschaftsgüter der Personengesellschaft veräußert, sofern es sich um eine vermögensverwaltende Personengesellschaft handelt. Anderenfalls zählt der Gewinn zu den sonstigen Erträgen.

Negative steuerliche Erträge

Verbleiben negative Erträge nach Verrechnung mit gleichartigen positiven Erträgen auf der Ebene des Fonds, werden diese auf Ebene des Fonds steuerlich vorgetragen. Diese können auf Ebene des Fonds mit künftigen gleichartigen positiven steuerpflichtigen Erträgen der Folgejahre verrechnet werden. Eine direkte Zurechnung der negativen steuerlichen Erträge auf den Anleger ist nicht möglich. Damit wirken sich diese negativen Beträge beim Anleger bei der Einkommensteuer erst in dem Veranlagungszeitraum (Steuerjahr) aus, in dem das Geschäftsjahr des Fonds endet bzw. die Ausschüttung für das Geschäftsjahr des Fonds erfolgt, für das die negativen steuerlichen Erträge auf Ebene des Fonds verrechnet werden. Eine frühere Geltendmachung bei der Einkommensteuer des Anlegers ist nicht möglich.

Substanzauskehrungen

Substanzauskehrungen unterliegen nicht der Besteuerung. Substanzauskehrungen, die der Anleger während seiner Besitzzeit erhalten hat, sind allerdings dem steuerlichen Ergebnis aus der Veräußerung der Fondsanteile hinzuzurechnen, d. h. sie erhöhen den steuerlichen Gewinn.

Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene

Werden Anteile an dem Fonds, die nach dem 31. Dezember 2008 erworben wurden, von einem Privatanleger veräußert, unterliegt der Veräußerungsgewinn dem Abgeltungssatz von 25 %. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden, nimmt die depotführende Stelle den Steuerabzug vor. Der Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer) kann durch die Vorlage eines ausreichenden Freistellungsauftrags bzw. einer NV-Bescheinigung vermieden werden. Werden solche Anteile von einem Privatanleger mit Verlust veräußert, dann ist der Verlust mit anderen positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechenbar. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden und bei derselben depotführenden Stelle im selben Kalenderjahr positive Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielt wurden, nimmt

die depotführende Stelle die Verlustverrechnung vor.

Bei einer Veräußerung der vor dem 1. Januar 2009 erworbenen Fondsanteile ist der Gewinn bei Privatanlegern steuerfrei.

Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns sind die Anschaffungskosten um den Zwischengewinn im Zeitpunkt der Anschaffung und der Veräußerungspreis um den Zwischengewinn im Zeitpunkt der Veräußerung zu kürzen, damit es nicht zu einer doppelten einkommensteuerlichen Erfassung von Zwischengewinnen (siehe unten) kommen kann. Zudem ist der Veräußerungspreis um die thesaurierten Erträge zu kürzen, die der Anleger bereits versteuert hat, damit es auch insoweit nicht zu einer Doppelbesteuerung kommt.

Der Gewinn aus der Veräußerung nach dem 31. Dezember 2008 erworbener Fondsanteile ist insoweit steuerfrei, als er auf die während der Besitzzeit im Fonds entstandenen, noch nicht auf der Anlegerebene erfassten, nach Doppelbesteuerungsabkommen (nachfolgend „DBA“) steuerfreien Erträge zurückzuführen ist (sogenannter besitzzeitanteiler Immobiliengewinn).

Die Gesellschaft veröffentlicht den Immobiliengewinn bewertungstäglich als Prozentsatz des Anteilwertes des Fonds.

Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer)

Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren, Gewinne aus Termingeschäften und Erträge aus Stillhalterprämien

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Anteilen an Investmentvermögen, eigenkapitalähnlichen Genussrechten und Gewinne aus Termingeschäften sowie Erträge aus Stillhalterprämien, die auf der Ebene des Fonds erzielt werden, werden beim Anleger nicht erfasst, solange sie nicht ausgeschüttet werden. Zudem werden die Gewinne aus der Veräußerung der folgenden Kapital-

forderungen (sogenannte „Gute Kapitalforderungen“) beim Anleger nicht erfasst, wenn sie nicht ausgeschüttet werden:

- a) Kapitalforderungen, die eine Emissionsrendite haben,
- b) „normale“ Anleihen und unverbriefte Forderungen mit festem Kupon sowie Down-Rating-Anleihen, Floater und Reverse-Floater,
- c) Risiko-Zertifikate, die den Kurs einer Aktie oder eines veröffentlichten Index für eine Mehrzahl von Aktien im Verhältnis 1:1 abbilden,
- d) Aktienanleihen, Umtauschanleihen und Wandelanleihen,
- e) ohne gesonderten Stückzinsausweis (flat) gehandelte Gewinnobligationen und Fremdkapital-Genussrechte und
- f) „cum“-erworbene Optionsanleihen.

Werden diese Gewinne ausgeschüttet, so sind sie steuerlich auf Anlegerebene zu berücksichtigen. Dabei sind Veräußerungsgewinne aus Aktien ganz⁴ (bei Anlegern, die Körperschaften sind) oder zu 40 % (bei sonstigen betrieblichen Anlegern, z. B. Einzelunternehmern) steuerfrei (Teileinkünfteverfahren). Veräußerungsgewinne aus Renten/Kapitalforderungen, Gewinne aus Termingeschäften und Erträge aus Stillhalterprämien sind hingegen in voller Höhe steuerpflichtig.

Ergebnisse aus der Veräußerung von Kapitalforderungen, die nicht in der oben genannten Aufzählung enthalten sind, sind steuerlich wie Zinsen zu behandeln (siehe unten).

Ausgeschüttete Wertpapierveräußerungsgewinne, ausgeschüttete Termingeschäftsgewinne sowie ausgeschüttete Erträge aus Stillhalterprämien unterliegen grundsätzlich dem Steuerabzug (Kapitalertragsteuer 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag). Dies gilt nicht für Gewinne aus der Veräußerung von vor dem 1. Januar 2009 erworbenen Wertpapieren und Gewinne aus vor dem 1. Januar 2009 eingegangenen Termingeschäften. Die auszahlende Stelle nimmt jedoch insbesondere

dann keinen Steuerabzug vor, wenn der Anleger eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft ist oder diese Kapitalerträge Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind und dies der auszahlenden Stelle vom Gläubiger der Kapitalerträge nach amtlich vorgeschriebenen Vordruck erklärt wird.

Zinsen und zinsähnliche Erträge

Zinsen und zinsähnliche Erträge sind beim Anleger grundsätzlich steuerpflichtig. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Erträge thesauriert oder ausgeschüttet werden.

Die depotführende Stelle nimmt nur bei Vorlage einer entsprechenden NV-Bescheinigung vom Steuerabzug Abstand oder vergütet diesen. Im Übrigen erhält der Anleger eine Steuerbescheinigung über die Vornahme des Steuerabzugs.

In- und ausländische Dividenden

Vor dem 1. März 2013 dem Fonds zugeflossene oder als zugeflossen geltende Dividenden in- und ausländischer Aktiengesellschaften, die auf Anteile im Betriebsvermögen ausgeschüttet oder thesauriert werden, sind mit Ausnahme von Dividenden nach dem Gesetz über deutsche Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (nachfolgend „REITG“) bei Körperschaften grundsätzlich steuerfrei⁵. Aufgrund der Neuregelung zur Besteuerung von Streubesitzdividenden sind nach dem 28. Februar 2013 dem Fonds aus der Direktanlage zugeflossene oder als zugeflossen geltende Dividenden in- und ausländischer Aktiengesellschaften bei Körperschaften steuerpflichtig. Von Einzelunternehmern sind Dividenden – mit Ausnahme der Dividenden nach dem REITG – zu 60 % zu versteuern (Teileinkünfteverfahren).

Inländische Dividenden unterliegen dem Steuerabzug (Kapitalertragsteuer 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Ausländische Dividenden unterliegen grundsätzlich dem Steuerabzug (Kapitalertragsteuer 25 % zuzüglich Solidari-

⁴ 5 % der Veräußerungsgewinne aus Aktien gelten bei Körperschaften als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und sind somit letztlich doch steuerpflichtig.

⁵ 5 % der Dividenden gelten bei Körperschaften als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und sind somit letztlich doch steuerpflichtig.

tätzuschlag). Die auszahlende Stelle nimmt jedoch insbesondere dann keinen Steuerabzug vor, wenn der Anleger eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft ist oder die ausländischen Dividenden Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind und dies der auszahlenden Stelle vom Gläubiger der Kapitalerträge nach amtlich vorgeschriebenen Vordruck erklärt wird. Von bestimmten Körperschaften muss der auszahlenden Stelle für den Nachweis der unbeschränkten Steuerpflicht eine Bescheinigung des für sie zuständigen Finanzamtes vorliegen. Dies sind nicht-rechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts sowie juristische Personen des privaten Rechts, die keine Kapitalgesellschaften, keine Genossenschaften oder Versicherungs- und Pensionsfondsvereine auf Gegenseitigkeit sind.

Bei gewerbesteuerpflichtigen Anlegern sind die zum Teil einkommensteuerfreien bzw. körperschaftsteuerfreien Dividendenerträge für Zwecke der Ermittlung des Gewerbeertrags wieder hinzuzurechnen, nicht aber wieder zu kürzen. Nach Auffassung der Finanzverwaltung können Dividenden von ausländischen Kapitalgesellschaften als sogenannte Schachteldividenden nur dann steuerfrei sein, wenn der Anleger eine (Kapital-) Gesellschaft im Sinne des DBAs ist und auf ihn durchgerechnet eine genügend hohe (Schachtel-)Beteiligung entfällt.

Negative steuerliche Erträge

Verbleiben negative Erträge nach Verrechnung mit gleichartigen positiven Erträgen auf der Ebene des Fonds, werden diese steuerlich auf Ebene des Fonds vorgetragen. Diese können auf Ebene des Fonds mit künftigen gleichartigen positiven steuerpflichtigen Erträgen der Folgejahre verrechnet werden. Eine direkte Zurechnung der negativen steuerlichen Erträge auf den Anleger ist nicht möglich. Damit wirken sich diese negativen Beträge beim Anleger bei der Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer erst in dem Veranlagungszeitraum (Steuerjahr) aus, in dem das Geschäftsjahr des Fonds endet, bzw. die

Ausschüttung für das Geschäftsjahr des Fonds erfolgt, für das die negativen steuerlichen Erträge auf Ebene des Fonds verrechnet werden. Eine frühere Geltendmachung bei der Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer des Anlegers ist nicht möglich.

Substanzauskehrungen

Substanzauskehrungen sind nicht steuerbar. Dies bedeutet für einen bilanzierenden Anleger, dass die Substanzauskehrungen in der Handelsbilanz ertragswirksam zu vereinnahmen sind, in der Steuerbilanz aufwandswirksam ein passiver Ausgleichsposten zu bilden ist und damit technisch die historischen Anschaffungskosten steuerneutral gemindert werden. Alternativ können die fortgeführten Anschaffungskosten um den anteiligen Betrag der Substanzauschüttung vermindert werden.

Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene

Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen im Betriebsvermögen sind für Körperschaften grundsätzlich steuerfrei⁶, soweit die Gewinne aus noch nicht zugeflossenen oder noch nicht als zugeflossen geltenden Dividenden und aus realisierten und nicht realisierten Gewinnen des Fonds aus in- und ausländischen Aktien herrühren und soweit diese Dividenden und Gewinne bei Zurechnung an den Anleger steuerfrei sind (sogenannter Aktiengewinn). Von Einzelunternehmern sind diese Veräußerungsgewinne zu 60 % zu versteuern. Die Gesellschaft veröffentlicht den Aktiengewinn (seit 1. März 2013 aufgrund der oben erwähnten Gesetzesänderung zwei Aktiengewinne getrennt für Körperschaften und Einzelunternehmer – gegebenenfalls erfolgt die getrennte Veröffentlichung erst nachträglich) bewertungstäglich als Prozentsatz des Anteilwertes des Fonds.

Der Gewinn aus der Veräußerung der Anteile ist zudem insoweit steuerfrei, als er auf die während der Besitzzeit im Fonds entstandenen, noch nicht auf der Anlegerebene erfassten, nach DBA steuerfreien Erträge zurückzuführen ist (sogenannter besitzzeitanteiler Immobiliengewinn).

Die Gesellschaft veröffentlicht den Immobiliengewinn bewertungstäglich als Prozentsatz des Anteilwertes des Fonds.

⁶ 5 % des steuerfreien Veräußerungsgewinns gelten bei Körperschaften als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und sind somit letztlich doch steuerpflichtig.

Zusammenfassende Übersicht für übliche betriebliche Anlegergruppen

Thesaurierte oder ausgeschüttete	Zinsen, Gewinne aus dem Verkauf von schlechten Kapitalforderungen und sonstige Erträge	Deutsche Dividenden	Ausländische Dividenden
Inländische Anleger			
Einzelunternehmer	Kapitalertragsteuer: 25 % Materielle Besteuerung: Einkommensteuer und Gewerbesteuer; die Gewerbesteuer wird auf die Einkommensteuer angerechnet; gegebenenfalls können ausländische Quellensteuern angerechnet oder abgezogen werden	Kapitalertragsteuer: 25 % Materielle Besteuerung: Gewerbesteuer auf 100 % der Dividenden; Einkommensteuer auf 60 % der Dividenden, sofern es sich nicht um REIT-Dividenden oder um Dividenden aus niedrig besteuerten Kapital-Investitionsgesellschaften handelt; die Gewerbesteuer wird auf die Einkommensteuer angerechnet	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme
Regelbesteuerte Körperschaften (typischerweise Industrieunternehmen; Banken, sofern Anteile nicht im Handelsbestand gehalten werden; Sachversicherer)	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme bei Banken, ansonsten 25 % Materielle Besteuerung: Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; gegebenenfalls können ausländische Quellensteuern angerechnet oder abgezogen werden	Kapitalertragsteuer: 25 % Materielle Besteuerung: Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; ausländische Quellensteuer ist bis zum DBA-Höchstsatz anrechenbar oder bei der Ermittlung der Einkünfte abziehbar
Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds, bei denen die Fondsanteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, soweit handelsbilanziell keine Rückstellung für Beitragsrückerstattungen (RfB) aufgebaut wird, die auch steuerlich anzuerkennen ist; gegebenenfalls können ausländische Quellensteuern angerechnet oder abgezogen werden		
Banken, die die Fondsanteile im Handelsbestand halten	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; gegebenenfalls können ausländische Quellensteuern angerechnet oder abgezogen werden	Kapitalertragsteuer: 25 %	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; ausländische Quellensteuer ist bis zum DBA-Höchstsatz anrechenbar oder bei der Ermittlung der Einkünfte abziehbar

Thesaurierte oder ausgeschüttete	Zinsen, Gewinne aus dem Verkauf von schlechten Kapitalforderungen und sonstige Erträge	Deutsche Dividenden	Ausländische Dividenden
Inländische Anleger			
Steuerbefreite gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Anleger (insbesondere Kirchen, gemeinnützige Stiftungen)	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Steuerfrei		
Andere steuerbefreite Anleger (insbesondere Pensionskassen, Sterbekassen und Unterstützungskassen, sofern die im Körperschaftsteuergesetz geregelt sind)	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Steuerfrei	Kapitalertragsteuer: 15 % Materielle Besteuerung: Steuerabzug wirkt definitiv	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Steuerfrei
Gewerbliche Personengesellschaften	Kapitalertragsteuer: 25 % Materielle Besteuerung: Auf der Ebene der Personengesellschaften fällt gegebenenfalls Gewerbesteuer an. Insoweit kommt es grundsätzlich nicht zu einer Belastung mit Gewerbesteuer auf der Ebene der Mitunternehmer. Für Zwecke der Einkommen- oder Körperschaftsteuer werden die Einkünfte der Personengesellschaft einheitlich und gesondert festgestellt. Die Mitunternehmer haben diese Einkünfte nach den Regeln zu versteuern, die gelten würden, wenn sie unmittelbar an dem Fonds beteiligt wären. Bei Mitunternehmern, die nicht dem Körperschaftsteuergesetz unterliegen, wird die anteilig auf den Mitunternehmer entfallende Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angerechnet.	Kapitalertragsteuer: 25 %	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme
Vermögensverwaltende Personengesellschaften	Kapitalertragsteuer: 25 % Materielle Besteuerung: Auf der Ebene der Personengesellschaft fällt keine Gewerbesteuer an. Die Einkünfte aus der Personengesellschaft unterliegen der Einkommen- oder Körperschaftsteuer und gegebenenfalls der Gewerbesteuer auf der Anlegerebene, wobei dieselben Besteuerungsfolgen eintreten als hätten die Gesellschafter unmittelbar in den Fonds investiert.		
Ausländische Anleger	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme Materielle Besteuerung: Der Anleger wird mit den deutschen Dividenden, den deutschen Mieterträgen und Erträgen aus der Veräußerung deutscher Immobilien innerhalb der 10-Jahresfrist beschränkt steuerpflichtig. Durch die Abgabe einer Steuererklärung in Deutschland kann er hinsichtlich der mit Kapitalertragsteuern belasteten deutschen Mieten und Gewinnen aus der Veräußerung deutscher Immobilien eine Erstattung erhalten (die Kapitalertragsteuer gilt als Vorauszahlung, der Körperschaftsteuersatz in Deutschland beträgt nur 15 %). Ansonsten richtet sich die materielle Besteuerung nach den Regeln des Sitzstaates des Anlegers.	Kapitalertragsteuer: 25 %; gegebenenfalls Ermäßigung auf DBA-Höchstsatz möglich durch einen Antrag auf Quellensteuererstattung, der beim Bundeszentralamt für Steuern zu stellen ist; soweit keine Quellensteuererstattung erreicht wird, wirkt der Steuerabzug definitiv	Kapitalertragsteuer: Abstandnahme

Ausgeschüttete

Gewinne aus dem Verkauf guter Kapitalforderungen und Termingeschäftsgewinne

Gewinne aus dem Verkauf von Aktien

Inländische Anleger

Einzelunternehmer

Kapitalertragsteuer: Abstandnahme

Materielle Besteuerung:

Einkommensteuer und Gewerbesteuer; die Gewerbesteuer wird auf die Einkommensteuer angerechnet

Materielle Besteuerung:

Einkommensteuer auf 60 % der Veräußerungsgewinne, sofern es sich nicht um Gewinne aus dem Verkauf von REIT-Aktien oder aus dem Verkauf niedrig besteuerteter Kapital-Investmentgesellschaften handelt; gewerbesteuerfrei

Regelbesteuerte Körperschaften (typischerweise Industrieunternehmen; Banken, sofern Anteile nicht im Handelsbestand gehalten werden; Sachversicherer)

Kapitalertragsteuer: Abstandnahme

Materielle Besteuerung:

Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; gegebenenfalls können ausländische Quellensteuern angerechnet oder abgezogen werden

Materielle Besteuerung:

Steuerfrei, sofern es sich nicht um Gewinne aus dem Verkauf von REIT-Aktien oder aus dem Verkauf niedrig besteuerteter Kapital-Investmentgesellschaften handelt; für Zwecke der Körperschaftsteuer gelten 5 % der steuerfreien Gewinne als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben

Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds, bei denen die Fondsanteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind

Kapitalertragsteuer: Abstandnahme

Materielle Besteuerung:

Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, soweit handelsbilanziell keine Rückstellung für Beitragsrückerstattungen (RfB) aufgebaut wird, die auch steuerlich anzuerkennen ist; gegebenenfalls können ausländische Quellensteuern angerechnet oder abgezogen werden

Banken, die die Fondsanteile im Handelsbestand halten

Kapitalertragsteuer: Abstandnahme

Materielle Besteuerung:

Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer; gegebenenfalls können ausländische Quellensteuern angerechnet oder abgezogen werden

Steuerbefreite gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Anleger (insbesondere Kirchen, gemeinnützige Stiftungen)

Kapitalertragsteuer: Abstandnahme

Materielle Besteuerung: Steuerfrei

Andere steuerbefreite Anleger (insbesondere Pensionskassen, Sterbekassen und Unterstützungskassen, sofern die im Körperschaftsteuergesetz geregelten Voraussetzungen erfüllt sind)

Kapitalertragsteuer: Abstandnahme

Materielle Besteuerung: Steuerfrei

Inländische Anleger

Gewerbliche Personengesellschaften

Kapitalertragsteuer: Abstandnahme**Materielle Besteuerung:**

Auf der Ebene der Personengesellschaften fällt gegebenenfalls Gewerbesteuer an. Insoweit kommt es grundsätzlich nicht zu einer Belastung mit Gewerbesteuer auf der Ebene der Mitunternehmer. Für Zwecke der Einkommen- oder Körperschaftsteuer werden die Einkünfte der Personengesellschaft einheitlich und gesondert festgestellt. Die Mitunternehmer haben diese Einkünfte nach den Regeln zu versteuern, die gelten würden, wenn sie unmittelbar an dem Fonds beteiligt wären. Bei Mitunternehmern, die nicht dem Körperschaftsteuergesetz unterliegen, wird die anteilig auf den Mitunternehmer entfallende Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angerechnet.

Vermögensverwaltende Personengesellschaften

Kapitalertragsteuer: 25 %**Materielle Besteuerung:**

Auf der Ebene der Personengesellschaft wird keine Gewerbesteuer erhoben. Die Einkünfte der Personengesellschaft unterliegen der Einkommen- oder Körperschaftsteuer und gegebenenfalls der Gewerbesteuer auf der Anlegerebene, wobei dieselben Besteuerungsfolgen eintreten als hätten die Gesellschafter unmittelbar in den Fonds investiert.

Ausländische Anleger**Kapitalertragsteuer:** Abstandnahme**Materielle Besteuerung:**

Die materielle Besteuerung richtet sich nach den Regeln des Sitzstaates des Anlegers.

Unterstellt ist eine inländische Depotverwahrung. Auf die Kapitalertragsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird ein Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe erhoben. Anrechenbare ausländische Quellensteuern können auf der Ebene des Investmentfonds als Werbungskosten abgezogen werden; in diesem Fall ist keine Anrechnung auf der Ebene des Anlegers möglich. Für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug kann es erforderlich sein, dass Nichtveranlagungsbescheinigungen rechtzeitig der depotführenden Stelle vorgelegt werden.

Steuerausländer

Verwahrt ein Steuerausländer Anteile an ausschüttenden Sondervermögen im Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle, wird vom Steuerabzug auf Zinsen, zinsähnliche Erträge, Wertpapierveräußerungsgewinne, Termingeschäftsgewinne und ausländische Dividenden Abstand genommen, sofern er seine steuerliche Ausländereigenschaft nachweist. Sofern die Ausländereigenschaft der depotführenden Stelle nicht bekannt bzw. nicht rechtzeitig nachgewiesen wird, ist der ausländische Anleger gezwungen, die Erstattung des Steuerabzugs entsprechend der Abga-

benordnung zu beantragen. Zuständig ist das für die depotführende Stelle zuständige Finanzamt.

Hat ein Steuerausländer Anteile thesaurierender Sondervermögen im Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle, wird ihm bei Nachweis seiner steuerlichen Ausländereigenschaft keine Steuer einbehalten, soweit es sich nicht um inländische Dividenden handelt. Erfolgt der Nachweis verspätet, kann – wie bei verspätetem Nachweis der Ausländereigenschaft bei ausschüttenden Fonds – eine Erstattung entsprechend der Abgabenordnung auch nach dem Thesaurierungszeitpunkt beantragt werden.

Inwieweit eine Anrechnung oder Erstattung des Steuerabzugs auf inländische Dividenden für den ausländischen Anleger möglich ist, hängt von dem zwischen dem Sitzstaat des Anlegers und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden DBA ab. Eine DBA-Erstattung der Kapitalertragsteuer auf inländische Dividenden erfolgt über das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) in Bonn.

Solidaritätszuschlag

Auf den bei Ausschüttungen oder Thesaurierungen abzuführenden Steuerab-

zug ist ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % zu erheben. Der Solidaritätszuschlag ist bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer anrechenbar.

Fällt kein Steuerabzug an bzw. erfolgt bei Thesaurierung die Vergütung des Steuerabzugs, ist kein Solidaritätszuschlag abzuführen bzw. wird bei einer Thesaurierung der einbehaltenen Solidaritätszuschlag vergütet.

Kirchensteuer

Soweit die Einkommensteuer bereits von einer inländischen depotführenden Stelle (Abzugsverpflichteter) durch den Steuerabzug erhoben wird, wird die darauf entfallende Kirchensteuer nach dem Kirchensteuersatz der Religionsgemeinschaft, der der Kirchensteuerpflichtige angehört, regelmäßig als Zuschlag zum Steuerabzug erhoben. Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe wird bereits beim Steuerabzug mindernd berücksichtigt.

Ausländische Quellensteuer

Auf die ausländischen Erträge des Fonds wird teilweise in den Herkunftsländern Quellensteuer einbehalten. Die Gesellschaft kann die anrechenbare Quellensteuer auf der Ebene des Fonds wie Werbungskosten abziehen. In die-

sem Fall ist die ausländische Quellensteuer auf Anlegerebene weder anrechenbar noch abzugsfähig. Übt die Gesellschaft ihr Wahlrecht zum Abzug der ausländischen Quellensteuer auf Fondsebene nicht aus, dann wird die anrechenbare Quellensteuer bereits beim Steuerabzug mindernd berücksichtigt.

Ertragsausgleich

Auf Erträge entfallende Teile des Ausgabepreises für ausgegebene Anteile, die zur Ausschüttung herangezogen werden können (Ertragsausgleichsverfahren), sind steuerlich so zu behandeln wie die Erträge, auf die diese Teile des Ausgabepreises entfallen.

Gesonderte Feststellung, Außenprüfung

Die Besteuerungsgrundlagen, die auf Ebene des Fonds ermittelt werden, sind gesondert festzustellen. Hierzu hat die Gesellschaft beim zuständigen Finanzamt eine Feststellungserklärung abzugeben. Änderungen der Feststellungserklärungen, z. B. anlässlich einer Außenprüfung der Finanzverwaltung, werden für das Geschäftsjahr wirksam, in dem die geänderte Feststellung unanfechtbar geworden ist. Die steuerliche Zurechnung dieser geänderten Feststellung beim Anleger erfolgt dann zum Ende dieses Geschäftsjahres bzw. am Ausschüttungstag bei der Ausschüttung für dieses Geschäftsjahr.

Damit treffen die Bereinigungen von Fehlern wirtschaftlich die Anleger, die zum Zeitpunkt der Fehlerbereinigung an dem Fonds beteiligt sind. Die steuerlichen Auswirkungen können entweder positiv oder negativ sein.

Zwischengewinnbesteuerung

Zwischengewinne sind die im Ausgabe- oder Rücknahmepreis enthaltenen Entgelte für vereinnahmte oder aufgelaufene Zinsen sowie Gewinne aus der Veräußerung von nicht Guten Kapitalforderungen, die vom Fonds noch nicht ausgeschüttet oder thesauriert und infolgedessen beim Anleger noch nicht steuerpflichtig wurden (etwa mit Stückzinsen aus festverzinslichen Wertpapieren vergleichbar). Der vom Fonds erwirtschaftete Zwischengewinn ist bei Rückgabe oder Verkauf der Anteile

durch Steuerinländer einkommensteuerpflichtig. Der Steuerabzug auf den Zwischengewinn beträgt 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

Der bei Erwerb von Anteilen gezahlte Zwischengewinn kann im Jahr der Zahlung beim Privatanleger einkommensteuerlich als negative Einnahme abgesetzt werden, wenn ein Ertragsausgleichsverfahren durchgeführt wird und sowohl bei der Veröffentlichung des Zwischengewinns als auch im Rahmen der von den Berufsträgern zu bescheinigenden Steuerdaten hierauf hingewiesen wird. Er wird bereits beim Steuerabzug steuermindernd berücksichtigt. Wird der Zwischengewinn nicht veröffentlicht, sind jährlich 6 % des Entgelts für die Rückgabe oder Veräußerung des Investmentanteils als Zwischengewinn anzusetzen. Bei betrieblichen Anlegern ist der gezahlte Zwischengewinn unselbstständiger Teil der Anschaffungskosten, die nicht zu korrigieren sind. Bei Rückgabe oder Veräußerung des Fondsanteils bildet der erhaltene Zwischengewinn einen unselbstständigen Teil des Veräußerungserlöses. Eine Korrektur ist nicht vorzunehmen.

Die Zwischengewinne können regelmäßig auch den Abrechnungen sowie den Ertragnisaufstellungen der Banken entnommen werden.

Folgen der Verschmelzung von Sondervermögen

In den Fällen der Verschmelzung eines inländischen Sondervermögens in ein anderes inländisches Sondervermögen kommt es weder auf der Ebene der Anleger noch auf der Ebene der beteiligten Sondervermögen zu einer Aufdeckung von stillen Reserven, d. h. dieser Vorgang ist steuerneutral. Das Gleiche gilt für die Übertragung aller Vermögensgegenstände eines inländischen Sondervermögens auf eine inländische Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital oder ein Teilgesellschaftsvermögen einer inländischen Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital. Erhalten die Anleger des übertragenden Sondervermögens eine im Verschmelzungsplan vorgesehene Barzahlung, ist diese wie eine Ausschüttung eines sonstigen Ertrags

zu behandeln. Vom übertragenden Sondervermögen erwirtschaftete und noch nicht ausgeschüttete Erträge werden den Anlegern zum Übertragungstichtag als sogenannte ausschüttungsgleiche Erträge steuerlich zugewiesen.

Transparente, semitransparente und intransparente Besteuerung als Investmentfonds

Die oben genannten Besteuerungsgrundsätze (sogenannte transparente Besteuerung für Investmentfonds im Sinne des Investmentsteuergesetzes [nachfolgend „InvStG“]) gelten nur, wenn der Fonds unter die Bestandsschutzregelung des InvStG fällt. Dafür muss der Fonds vor dem 24. Dezember 2013 aufgelegt worden sein und die Anlagebestimmungen und Kreditaufnahmegrenzen nach dem ehemaligen Investmentgesetz erfüllen. Alternativ bzw. spätestens nach Ablauf der Bestandsschutzzeit muss der Fonds die steuerlichen Anlagebestimmungen nach dem InvStG – dies sind die Grundsätze nach denen der Fonds investieren darf, um steuerlich als Investmentfonds behandelt zu werden – erfüllen. In beiden Fällen müssen zudem sämtliche Besteuerungsgrundlagen nach der steuerlichen Bekanntmachungspflicht entsprechend den Vorgaben in § 5 Abs. 1 InvStG bekannt gemacht werden. Hat der Fonds Anteile an anderen Investmentvermögen erworben, so gelten die oben genannten Besteuerungsgrundsätze ebenfalls nur, wenn (i) der jeweilige Zielfonds entweder unter die Bestandsschutzregelungen des InvStG fällt oder die steuerlichen Anlagebestimmungen nach dem InvStG erfüllt und (ii) die Verwaltungsgesellschaft für diese Zielfonds den steuerlichen Bekanntmachungspflichten nachkommt.

Die Gesellschaft ist bestrebt, die steuerlichen Anlagebestimmungen bzw. im Falle des Bestandsschutzes die Anlagebestimmungen und Kreditaufnahmegrenzen nach dem Investmentgesetz zu erfüllen und sämtliche Besteuerungsgrundlagen, die ihr zugänglich sind, bekannt zu machen. Die erforderliche Bekanntmachung kann jedoch nicht garantiert werden, insbesondere soweit der Fonds Anteile an Invest-

mentvermögen erworben hat und die jeweilige Verwaltungsgesellschaft für diese den steuerlichen Bekanntmachungspflichten nicht nachkommt. In diesem Fall werden die Ausschüttungen und der Zwischengewinn sowie 70 % der Wertsteigerung im letzten Kalenderjahr bezogen auf die jeweiligen Anteile am Investmentvermögen (mindestens jedoch 6 % des Rücknahmepreises) als steuerpflichtiger Ertrag auf der Ebene des Fonds angesetzt. Der EuGH hat allerdings mit Urteil vom 9. Oktober 2014 in der Rs. 326/12 entschieden, dass diese Pauschalbesteuerung europarechtswidrig ist. Im Rahmen einer europarechtskonformen Auslegung sollte danach der Nachweis über die tatsächliche Höhe der Einkünfte durch den Anleger geführt werden können. Die Gesellschaft ist zudem bestrebt, andere Besteuerungsgrundlagen außerhalb der Anforderungen des § 5 Abs. 1 InvStG (insbesondere den Aktiengewinn, den Immobiliengewinn und den Zwischengewinn) bekannt zu machen.

Sofern die Anlagebestimmungen und Kreditaufnahmegrenzen nach dem ehemaligen Investmentgesetz bzw. die steuerlichen Anlagebestimmungen nach dem InvStG nicht eingehalten werden, ist der Fonds als Investitionsgesellschaft zu behandeln. Die Besteuerung richtet sich nach den Grundsätzen für Investitionsgesellschaften.

EU-Zinsrichtlinie/ Zinsinformationsverordnung

Die Zinsinformationsverordnung (nachfolgend „ZIV“), mit der die Richtlinie im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen umgesetzt wird, soll grenzüberschreitend die effektive Besteuerung von Zinserträgen natürlicher Personen im Gebiet der EU sicherstellen. Mit einigen Drittstaaten (insbesondere mit der Schweiz, Liechtenstein, Channel Islands, Monaco und Andorra) hat die EU Abkommen abgeschlossen, die der EU-Zinsrichtlinie weitgehend entsprechen.

Dazu werden grundsätzlich Zinserträge, die eine im europäischen Ausland oder bestimmten Drittstaaten ansässige natürliche Person von einem deutschen Kreditinstitut (das insoweit als Zahl-

stelle handelt) gutgeschrieben erhält, von dem deutschen Kreditinstitut an das Bundeszentralamt für Steuern und von dort aus letztlich an die ausländischen Wohnsitzfinanzämter gemeldet.

Entsprechend werden grundsätzlich Zinserträge, die eine natürliche Person in Deutschland von einem ausländischen Kreditinstitut im europäischen Ausland oder in bestimmten Drittstaaten erhält, von der ausländischen Bank letztlich an das deutsche Wohnsitzfinanzamt gemeldet. Alternativ behalten einige ausländische Staaten Quellensteuern ein, die in Deutschland anrechenbar sind.

Konkret betroffen sind folglich die innerhalb der EU bzw. in den beigetretenen Drittstaaten ansässigen Privatanleger, die grenzüberschreitend in einem anderen EU-Land ihr Depot oder Konto führen und Zinserträge erwirtschaften. Insbesondere die Schweiz hat sich verpflichtet, von den Zinserträgen eine Quellensteuer in Höhe von 35 % einzubehalten. Der Anleger erhält im Rahmen der steuerlichen Dokumentation eine Bescheinigung, mit der er sich die abgezogenen Quellensteuern im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung anrechnen lassen kann.

Alternativ hat der Privatanleger die Möglichkeit, sich vom Steuerabzug im Ausland befreien zu lassen, indem er eine Ermächtigung zur freiwilligen Offenlegung seiner Zinserträge gegenüber der ausländischen Bank abgibt, die es dem Institut gestattet, auf den Steuerabzug zu verzichten und stattdessen die Erträge an die gesetzlich vorgegebenen Finanzbehörden zu melden.

Nach der ZIV ist von der Gesellschaft für den Fonds anzugeben, ob er der ZIV unterliegt (in scope) oder nicht (out of scope).

Für diese Beurteilung enthält die ZIV zwei wesentliche Anlagegrenzen.

■ Wenn das Vermögen des Fonds aus höchstens 15 % Forderungen im Sinne der ZIV besteht, haben die Zahlstellen, die letztlich auf die von der Gesellschaft gemeldeten Daten

zurückgreifen, keine Meldungen an das Bundeszentralamt für Steuern zu versenden. Ansonsten löst die Überschreitung der 15%-Grenze eine Meldepflicht der Zahlstellen an das Bundeszentralamt für Steuern über den in der Ausschüttung enthaltenen Zinsanteil aus.

■ Bei Überschreiten der 25%-Grenze ist der in der Rückgabe oder Veräußerung der Fondsanteile enthaltene Zinsanteil zu melden. Ist der Fonds ein ausschüttender, so ist zusätzlich im Falle der Ausschüttung der darin enthaltene Zinsanteil an das Bundeszentralamt für Steuern zu melden. Handelt es sich um einen thesaurierenden Fonds, erfolgt eine Meldung konsequenterweise nur im Falle der Rückgabe oder Veräußerung des Fondsanteils.

Hinweis:

Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage aus. Sie richten sich an in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige oder unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Personen. Es kann jedoch keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert.

Kapitalverwaltungsgesellschaft, Verwahrstelle, Vertrieb

Kapitalverwaltungsgesellschaft

Société Générale Securities Services GmbH
Apianstraße 5, D-85774 Unterföhring
Telefon: + 49 89 33 033 0
Handelsregister München B 169711
Haftendes Eigenkapital: EUR 32,713 Mio.
(Stand: 31.12.2016)

Gesellschafter

Société Générale Effekten GmbH

Aufsichtsrat

Olivier Blanc (Vorsitzender)
Bruno Prigent (stellv. Vorsitzender)
Serge Jacqueline (bis 30.11.2017)
Prof. Wolfgang Gerke
Joseph Dahan
Ulrich Hörsting
Frank Burkhardt (ab 01.12.2017)

Geschäftsführung

Pascal Jacquemin
Magdalini Moysiadou
Christian Wutz

Verwahrstelle

Société Générale S.A.,
Zweigniederlassung Frankfurt am Main
Neue Mainzer Straße 46–50, D-60311 Frankfurt am Main
Haftendes Eigenkapital: EUR 63,6 Mrd.
(Stand: 31.12.2016)

Vertrieb

Credit Suisse (Deutschland) Aktiengesellschaft
Taunustor 1, D-60310 Frankfurt am Main
Telefon: + 49 69 75 38–15 00
Telefax: + 49 69 75 38–17 96
Internet: <http://www.credit-suisse.com>
E-Mail: investment.fonds@credit-suisse.com

Credit Suisse AG

Paradeplatz 8, CH-8070 Zürich
Telefon: + 41 44 3 33 11 11
Telefax: + 41 44 3 32 55 55
Mit ihren Geschäftsstellen in der Schweiz

Zusätzlich für Anteile der Anteilklasse „P“:

Bethmann Bank AG
Bethmannstraße 7–9, D-60311 Frankfurt am Main
Telefon: + 49 69 21 77 0
Telefax: + 49 69 21 77-34 49
Internet: <http://www.bethmannbank.de>
E-Mail: Privatbank@Bethmannbank.de

Vertreter für die Schweiz

Credit Suisse Funds AG
Uetlibergstrasse 231, CH-8070 Zürich

Zahlstelle für die Schweiz

Credit Suisse AG
Paradeplatz 8, CH-8070 Zürich

Anteilinhaber in der Schweiz können die wesentlichen Anlegerinformationen („KIID“), den Verkaufsprospekt mit den Vertragsbedingungen sowie die Jahres- und Halbjahresberichte kostenlos beim Vertreter in der Schweiz beziehen.

Société Générale Securities Services GmbH

Apianstraße 5
D-85774 Unterföhring
Telefon: +49 89 33 03 30

Vertrieb:

**Credit Suisse (Deutschland)
Aktiengesellschaft**

Taunustor 1
D-60310 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 75 38 15 00